

Baugewerkschaft

Organ des Centralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 6 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Neuaufbau unserer Wohnungsbauwirtschaft

In diesen Tagen (4. September) tritt ein Unterausschuß des Reichstages zusammen, um die Gestaltung der nächstjährigen Bautätigkeit zu untersuchen, insbesondere zu prüfen, in welcher Weise der Wohnungsbau in der nächsten Zeit zu fördern ist, wie die Mittel hierfür aufgebracht werden sollen und welche Maßnahmen erforderlich sind, um eine zweckmäßige Verwendung der Mittel zu sichern. Die Situation, unter welcher dieser Ausschuß seine wichtige Tätigkeit aufnimmt, ist wahrlich alles andere als günstig. Die durch die riesige Marktentwertung verursachte Preisrevolution dieses Jahres — namentlich auch der letzten Wochen — hat zu einem fast völligen Zusammenbruch der staatlich bezuschussten Wohnungsbautätigkeit geführt.

Einmal war es fast unmöglich, die Höhe der öffentlichen Zuschüsse auch nur annähernd der steigenden Geldentwertung anzupassen. Während die Baukosten einer Wohnung sich von etwa 150 000 Mark im Frühjahr dieses Jahres bis auf etwa 1 Million Mark im gegenwärtigen Augenblick erhöhten, konnten gleichzeitig die öffentlichen Zuschüsse nur von 33 600 Mark (Anfang Januar) bis auf 126 000 Mark (ab 18. Mai) gesteigert werden. So konnte es geschehen, daß sich der soziale Charakter, der doch unserer staatlichen Wohnungsbaubezuschussungspolitik inne wohnen sollte, geradezu in sein Gegenteil verkehrte. Hatte man gehofft, auf dem Wege über die Zuschüsse auch den Minderbemittelten, dem Arbeiter und dem Angestellten, die Erwerbung eines eigenen Heimes zu ermöglichen, so wurde das infolge des Mißverhältnisses zwischen Baukosten und Zuschuß völlig unmöglich. Die Zuschüsse dienten schließlich nur noch dazu, Baulustigen, die selbst mehrere 100 000 Mark Vermögen für den Bau einer eigenen Wohnung schlüssig machen konnten, noch eine staatliche Unterstützung zu gewähren. Der Arbeiter und Angestellte hatte von den Zuschüssen gar nichts, da er nicht in der Lage war, aus eigenem Vermögen so erhebliche Geldmittel zugehen zu können.

Und trotz alledem — trotz dieser unsozialen Sparpolitik in bezug auf die Höhe der Zuschüsse — war es doch nicht möglich, eine nennenswerte Anzahl von Wohnungen zu schaffen. Nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsministeriums standen für den diesjährigen Wohnungsbau etwa 7,4 Milliarden Mark zur Verfügung, mit denen bestenfalls 50 000 Wohnungen bezuschusst werden können — während das Bauprogramm des Reichstages die Bezuschussung von deren 200 000 vorgesehen hatte.

Aufgabe des Reichstages wird es nun sein, höchst eingehend die Frage zu prüfen, ob und wie unsere zusammengebrochene Wohnungsbauwirtschaft wieder aufgerichtet werden kann, oder ob unsere Lage und die Verhältnisse uns zwingen, alles beim alten, d. h. die Katastrophe über uns hereinbrechen zu lassen.

Es erübrigt sich hier, über die ungeheure Bedeutung zu sprechen, die dieser Frage für unsere Volksgesamtheit zukommt. Trotz aller sonstigen äußeren und inneren Not, unter der wir zur Zeit leiden, wächst doch heute in den breiten Schichten die Erkenntnis, daß es so nicht weitergehen kann und daß man, um etwas zu erreichen, Opfer bringen muß. Denn die ungeheuren kulturellen, jüdischen und nationalen Gefahren, die aus der Wohnungs-katastrophe unserem Volksganzen drohen, sind allmächtig der Allgemeinheit zum Bewußtsein gekommen.

Was ist nun zu tun, um der Katastrophe zu begegnen?

Die einzige Möglichkeit, über die ernsthaft geredet werden kann, ist die prinzipielle Beibehaltung des gegenwärtigen Verfahrens, nämlich die Übernahme

des unrentierlichen Teiles der Kosten der gemeinnützigen Bautätigkeit auf die Schultern der Allgemeinheit. Um dieses Ziel aber zu erreichen, wird man sich in den weitesten Mieterkreisen darüber klar werden müssen, daß eine ganz wesentliche Erhöhung der Wohnungsabgabe unumgänglich notwendig wird. Gleichzeitig muß aber für die sparsamste Verwendung der so aufkommenden Mittel Sorge getragen werden, um dadurch einen möglichst großen Effekt zu erzielen und Konjunkturgewinn jeglicher Art unbedingt auszuschalten.

Alle Welt jammert heute über die ungeheuer und beispiellos gestiegenen Baukosten. Trotzdem aber muß unumwunden zugegeben werden,

daß von einer eigentlichen Erhöhung der Baukosten gegenüber den Friedenszeiten nicht geredet werden kann.

Ganz im Gegenteil sind die Kosten der Errichtung einer Wohnung — in Goldmark berechnet — sogar erheblich gesunken. Beliefen sich die Kosten für die Errichtung einer Wohnung von 70 qm Grundfläche (die hauptsächlichsten Baustoffe und Löhne):

	im Juli 1914		
an Baustoffen	1,584,—	Mark	= 37%
an Löhnen	2,702,—	"	= 63%
zusammen	4,286,—	Mark	= 100%

so betragen demgegenüber die entsprechenden Sätze:

	Anfang Juli 1922		Anfang August 1922		
Baustoffe	153,739,70	2,050,—	53,7210,200,91	1,682,—	57,5
Löhne	131,805,—	1,737,40	463,135,829,—	1,246,63	42,5
	285,444,70	3,807,40	100,366,029,91	2,928,63	100

Im Monat August hat die Entwicklung noch weit schärfere Formen angenommen. Es stiegen nämlich die Preise der Baustoffen um etwa 150 Proz., die Löhne um zirka 50 Proz., so daß unter der Voraussetzung einer Goldparität von 20 Goldmark = 5000 Papiermark die Kosten der Baustoffe betragen zirka 2120 Mark = 70 Proz., die Löhne zirka 936 Mark = 30 Proz., zusammen 3056 Mark = 100 Prozent.

Aus diesen Zahlen ergibt sich ein Doppeltes: Zunächst einmal, daß die Goldmarkkosten der Bautätigkeit gegenüber 1914 ganz erheblich und zwar Anfang August bereits um 32 Proz. gesunken sind. Diese tatsächliche Verbilligung war aber nur dadurch möglich, daß die Löhne in ihrem Realwert ganz erheblich sanken. Verringerte sich doch ihr Anteil um mehr als die Hälfte (52 Proz.), während der Baukostenanteil gegenüber 1914 sogar noch um ein weniges stieg, nämlich um 7 Proz.! Während also 1914 zirka 63 Proz. auf Löhne und nur 37 Proz. auf Baustoffe entfielen, kamen Anfang August dieses Jahres nur noch 42,5 Proz. auf das Konto der Löhne, dagegen 57,5 Proz. auf das der Baustoffe.

Aus diesen Zahlen ergibt sich für jeden Einzigen die Erkenntnis, daß wesentliche Ersparnisse bei der Bautätigkeit nicht mehr bei den Löhnen gemacht werden können. Die angeblich hohen Bauarbeiterlöhne tragen also an den hohen Baukosten tatsächlich keine Schuld. Ganz im Gegenteil haben die gegenüber der Friedenszeit erheblich gesunkenen Löhne der Bauarbeiter die Kosten der gesamten Bautätigkeit auf etwa dem Friedensniveau erhalten und ihr hinausquellen entsprechend der Entwicklung der Baustoffpreise verhindert.

Um eine wesentliche Verbilligung der Bautätigkeit zu erzielen, muß also der Hebel an einer anderen Stelle angefaßt werden. Und zwar sind es die Baustoffpreise, bei denen im Interesse des Allgemeinwohles eine Verbilligungstaktik vorgenommen werden muß. Ebenso wie den Hausbesitzern das Recht auf die freie Preisgestaltung der Wohnungsmieten genommen wurde, und ebenso

wie man die Landwirtschaft auf dem Geseßeswege verpflichtet, etwa 1/4 ihrer Getreideprodukte zu wesentlich niedrigeren Preisen als im freien Handel herzugeben, ja mit demselben Rechte, mit dem man schließlich dem kleinen Zeichner der Kriegsanleihe die Rückgabe seines in Goldmark eingezahlten Kapitals verweigert, ihn dafür mit fast wertlosem Papiergeld entschädigt und so kaum 1/2 Prozent des eingezahlten Wertes zurückerstattet, — mit dem gleichen Rechte kann man auch den Produzenten der Baustoffe zwingen, seine für den gemeinnützigen Wohnungsbau benötigten Produkte zu einem ermäßigten Preise herzugeben. Vor allem, wenn man daran denkt, daß deren Herstellung fast ausschließlich aus heimischen Rohstoffen erfolgt, und zwar mit Hilfe der deutschen Arbeitskraft, deren Reallohn gegenüber der Vorkriegszeit um mindestens 50 Proz. gesunken ist.

Aus allen diesen Gründen ist die Forderung an die Regierung gerechtfertigt,

die Baustoffindustrie zur verbilligten Hergabe der für den staatlich bezuschussten Wohnungsbau benötigten Baustoffe zu veranlassen.

Es muß dann natürlich dafür gesorgt werden, daß der für die gemeinnützige Bautätigkeit notwendige Bedarf frühzeitig angemeldet und daß fernerhin durch Kreditgewährung resp. Vorzuschüsse auch die Aufgabe der Industrie erleichtert wird. Selbstverständlich ist zu verhindern, daß mit diesen verbilligten Baustoffen irgendwelche Schiebergeschäfte gemacht werden. So dürfte sich eine wesentliche Verbilligung der öffentlichen Bautätigkeit und damit eine Ermäßigung der erforderlichen öffentlichen Mittel erzielen lassen.

Letztere Aufgabe ist noch durch eine weitere Maßnahme zu erleichtern, nämlich durch die

Heraufsetzung des rentierlichen Wertes der neuen Bauten.

Bezeichnend sind alle nach dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude von der Wohnungsabgabe befreit. Wird nun die Wohnungsabgabe für die alten Häuser — was ja, wie eingangs dargelegt wurde, unumgänglich notwendig geworden ist — wesentlich erhöht, so entsteht damit eine nicht unbedeutende Spanne zwischen den Mietaufwendungen in alten und neuen Häusern. Die in neuen Siedlungs-, vielfach Kleinhäusern wohnenden Mieter, die dazu meist über einen heute sehr wertvollen Garten verfügen, haben dann weniger Miete zu zahlen als diejenigen, die in den alten, halbverfallenen Mietskasernen ohne Licht, Luft, Sonne und Garten wohnen. Das ist eine Ungerechtigkeit. Diese Spanne muß vielmehr für die Erhöhung des rentierlichen Wertes der Neubauten benutzt werden, dessen hypothekarische Belastung keine allzu große Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Hierzu genügt die Bestimmung, daß der rentierliche Wert der Neubauten entsprechend der Steigerung der Wohnungsabgabe von Zeit zu Zeit — etwa jährlich — erhöht wird. Berrägt z. B. der rentierliche Wert eines Neubaus (auf Grund der heute üblichen Berechnung) 20 000 Mark, so wäre er bei einer 100prozentigen Wohnungsabgabe auf 100 000 Mark zu erhöhen. Die Mieter in neuen Wohnungen bleiben so auch fernerhin von einer Wohnungsabgabe befreit, haben dafür aber die Verzinsung der auf Grund des erhöhten Realwertes auch erhöhten Hypotheken zu tragen.

Nun zur Frage der Beschaffung dieser Hypotheken. Es ist zu untersuchen, ob der Hypothekemarkt die hierdurch entstehende sehr erhebliche Belastung tragen könnte. Bis zur Gegenwart kann man mit etwa 150 000 Wohnungen rechnen, bei denen auf Grund dieser Neuregelung eine Erhöhung des rentierlichen Wertes stattfinden könnte. Hier aber bedarf es keiner Hypotheken, da diese Wohnungen ja noch unter viel günstigeren Umständen und zu billigeren Preisen hergestellt wurden. Auf sie hat deshalb die Erhöhung des

*) Bei einem Umrechnungssatze 20 Gold-Mark = 1500,— Papier-Mark
20 Gold-Mark = 2500,— Papier-Mark

rentierlichen Wertes nur den Einfluß, daß bei der Nachprüfung der staatlichen Baukostenzuschüsse, die jeweils nach 10-25 Jahren erfolgt, der erhöhte rentierliche Wert eine

Rückzahlung der erhaltenen staatlichen Zuschüsse

zur Folge haben würde. Auf diesem Wege würden also in absehbarer Zeit die bisher geleisteten Baukostenzuschüsse in fast völliger Höhe den öffentlichen Kassen wieder zurückfließen. Hier entsteht also keine Belastung des Hypothetenmarktes, denn die Rückzahlung würde auf dem Wege der Amortisation ganz allmählich erfolgen. Die bisher errichteten Häuser würden dann von jeder staatlichen Belastung befreit vollkommen frei in das Privateigentum des Besitzers übergehen.

Anderes steht es mit den neu zu errichtenden Häusern. Nehmen wir an, es gelänge innerhalb einer Frist von zwei Jahren 150 000 Wohnungen zu errichten, deren rentierlicher Wert durchschnittlich 100 000 Mark betragen würde, so entstände damit

ein Hypothekenbedarf von etwa 15 Milliarden Mark.

So hoch diese Summe auch erscheint, so ist doch anzunehmen, daß sie mit verhältnismäßiger Leichtfertigkeit aufgebracht werden kann. Denn die zu ihrer Verzinsung notwendigen Mittel, d. h. die Miete, steht ja bestimmt auf die Dauer zur Verfügung, und an eine Minderung dieser Sachlage ist angesichts der ungeheuren Wohnungsnot gar nicht zu denken. Es ist deshalb wohl anzunehmen, daß diese Geldmittel auf dem privaten Kapitalmarkt aufzubringen sind, eine Annahme, die durch das Interesse des einzelnen auf eine Wohnung reflektierenden Wohnungskosten gewiß noch verstärkt wird. Dazu wäre es auch möglich, im Sinne des § 9a des Preussischen Kommunallandabgabengesetzes die Arbeitgeber zu einer derartigen Hypothekenhergabe zu veranlassen. Wo sie um Wohnungen für eigene Arbeiter oder Angestellte verlegen sind, dürften sie das auch bereitwillig freiwillig tun.

An Hand dieser Vorschläge wäre es möglich, unserer gegenwärtigen Wohnungsnotkatastrophe ganz energisch zu Leibe zu gehen. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß man sich in den Mieterkreisen zu einer erheblichen Steigerung der Wohnungsabgabe bereitfindet.

Unter der Voraussetzung einer vollständigen Übernahme der rentierlichen Baukosten auf öffentliche Mittel, weiterhin der oben geschilderten Genehmigung der Baukosten für den gemeinnützigen Wohnungsbau und schließlich der ebenfalls dargestellten Erhöhung des rentierlichen Wertes der Neubauten um etwa 100 Proz., wäre es möglich (aus schließlich der geltenden 50 Proz. Wohnungsabgabe) mit der folgenden stufenweisen Erhöhung der Wohnungsabgabe auszukommen:

Table with 4 columns: Quartalszahl, Jahr, Prozentsatz, Milliarden Mark. Data for 1923 and 1924.

insgesamt für das Baujahr 1923 = 33 Milliarden Mark bei 600 000 M. Zuschuß pro Wohnung ausreichend für 55 000 Wohnungen.

Table with 4 columns: Quartalszahl, Jahr, Prozentsatz, Milliarden Mark. Data for 1924.

insgesamt für das Baujahr 1924 = 57 Milliarden Mark ausreichend für 95 000 Wohnungen.

Wie hoch würde nun nach diesem Vorschlage die Wohnmiete zu stehen kommen?

Der Monatspreis für eine Wohnung (2-3 Zimmer und Küche) zum Jahresfriedensmietpreis von 500 Mark (42 Mark monatlich) würde sich unter Annahme einer gesetzlichen Miete aus 80 Prozent Grundmiete plus 450 Prozent Zuschläge (Sätze, wie sie augenblicklich in Berlin gelten) folgendermaßen entwickeln:

Table with 3 columns: Zeitraum, 1923, 1924. Data for monthly rent payments.

Ein derartiger monatlicher Mietaufwand, der von 371 Mark auf 663 Mark steigt, stellt gewiß eine erhebliche Belastung dar. Nimmt man das gegenwärtige Monatseinkommen eines Arbeiters oder Angestellten gering auf etwa 8000 Mark an, so betragen die Mietaufwendungen nach den oben skizzierten Vorschlägen nur 45 Proz. (Juni 23) steigend bis auf 83 Proz. (Oktober 24). Diese Sätze erscheinen nun ja gering, sind aber trotzdem wegen des gesunkenen Realwertes der Löhne und Gehälter im Augenblicke nicht tragbar. Letztere müssen vielmehr der steigenden Miete angepaßt werden. Nun ist aber gerade dank der vorgeschlagenen Staffelung der Wohnungsabgabe sehr wohl die Möglichkeit gegeben,

auf dem Wege über die Zentralarbeitsgemeinschaft die quartalsweise Steigerung der Abgabe durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne auszugleichen.

Es soll nicht verkannt werden, daß vorstehender Vorschlag breiten Kreisen ganz erhebliche Opfer auferlegt. Doch ohne derartige Opfer kommen wir nicht mehr vorwärts, sondern geraten immer tiefer in den Sumpf des Wohnungselends hinein. Ein anderer Weg, der von gewisser Seite angegriffen wird, ist die Einführung der „freien“ Mietwirtschaft. Die Folge davon wären zumindest 100fache Friedensmieten und nicht die geringste Sicherheit dafür, daß dann wenigstens gebaut wird. Auf dem oben angegebenen Wege ist es jedoch möglich, mit Hilfe einer 4-11fachen Mietsteigerung innerhalb zweier Jahre 150 000 neue Wohnungen zu errichten, also den Wohnungsbedarf zu einem nicht unbeträchtlichen Teil zu entlasten.

Unsere ganze Wohnungswirtschaft der Nachkriegszeit hat daran geknagt, daß die Deffektivität — anstatt sich selbst mit dem Problem zu beschäftigen — einseitig auf das Geschrei von Agitatoren hörte. Mit welcher Entrüstung wurde nicht immer von der organisierten Mieterchaft eine Erhöhung der Wohnungsabgabe abgelehnt, mit der Begründung, sie stöße nur in die unergründbaren und unkontrollierbaren Tiefen der Hausbesitzer. Mit derartigen Phrasen muß endlich einmal aufgeräumt werden! Die Wohnungsabgabe kommt

einzig und allein dem gemeinnützigen Wohnungsbau zugute, und ihre wesentliche Erhöhung ist allein imstande, unser Volk von der furchtbaren Gefahr der Wohnungsnot zu befreien.

Zur Lage

In der kritischen außenpolitischen Lage Deutschlands ist eine gewisse Entspannung eingetreten. Schon auf die Nachricht hin, daß die Reparationskommission deutsche Vertreter „anhören“ wolle, sank der Dollar auf rund 1500, nachdem er vorher bis zu 2600 emporgelettert war. Am 31. August fiel die „Entscheidung“ der Reparationskommission. Sie ist ein Verlegenheitsprodukt wie alle früheren. Grundförmlich bleibt alles in der Schwebe. Die für die Wiederherstellung des deutschen Kredits unumgänglich notwendige Herabsetzung der Reparationslast ist nicht erfolgt, wohl aber hat man „die etwaige Ermäßigung der äußeren Lasten Deutschlands“ für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht gestellt. Das ist ein kleiner Fortschritt. Weiter ist an der Entscheidung bemerkenswert, daß erstmals von der Entente offiziell die deutsche Leistungsunfähigkeit anerkannt wird. Es geschieht das mit den Worten: „... daß das Reich sowohl jeden inneren wie äußeren Kredit verloren hat, und daß die Mark sich fortgesetzt bis auf Dreitausendstel ihres Wertes entwertet hat.“

Zimmerhin hat die Entscheidung die praktische Bedeutung, daß uns ein Zahlungsaufschub bis zum 15. Februar 1923 gewährt ist. Deutschland muß sich wegen der nächsten Reparationszahlungen mit Belgien verständigen. Es soll mit Schatzwechseln bezahlet, die nach 6 Monaten mit Gold einzulösen sind und soll Belgien Garantien für die Einlösung geben. Ueber die letzteren muß mit Belgien verhandelt werden. Kommt eine Einigung nicht zustande, so kann Belgien verlangen, daß ein Teil des Goldbestandes der Reichsbank in einer ihm genehmen ausländischen Bank deponiert wird.

Neben der schon erwähnten baldigen allgemeinen Regelung des Reparationsproblems steht der Beschluß der Reparationskommission auch die Ordnung des deutschen Staatshaushalts und die Währungsreform vor. So unzureichend die uns gewährte Hilfe ist und so fragwürdig deshalb der Erfolg erscheinen muß, so wird Deutschland doch nichts übrig bleiben, als mit Anstrengung aller Kräfte zu versuchen, den Vorschlägen der Reparationskommission mit eigenen Reformen zuzukommen. Vom wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates liegt bereits ein Programm für die Ordnung der deutschen Finanzen vor. Der Kernpunkt seiner Vorschläge ist die Erhöhung der Arbeitsleistungen, sowohl in der Landwirtschaft, wie im Handel, Industrie und Gewerbe. Im Bergbau, wo sich die Bergarbeiterorganisationen freiwillig zu einem Heberstande abkomme bereit erklärten, ist der Anfang bereits gemacht. Soviel ist sicher, ohne die verantwortliche und tätige Mitwirkung der Arbeiterschaft ist die Befundung der deutschen Wirtschaft nicht möglich. Die vielgebräuchte Redewendung, daß ohne Abänderung des Versailler Vertrages doch alles vergebens sei, darf niemals unser Handeln bestimmen, es sei denn, wir wollten uns selbst aufgeben. Vom letzteren kann keine Rede sein. Bemerkenswert ist in dieser Beziehung, was der „Vorwärts“ schreibt: „Es ist vielleicht die letzte Stunde, wo gemeinsame Handeln noch retten kann. Nicht um Fragen der Parteipolitik und der Parteitalität geht es jetzt mehr, sondern darum, ob die panikartige Anarchie der Wirtschaft, die von der Entente heraufbeschworen ist, abgewendet werden kann, ob die Volksgemeinschaft auch durch diese schwere Belastungsprobe von außen her aufrecht erhalten wird.“ Und an anderer Stelle: „Wir müssen das geringe Maß von Kaufkraft, was wir noch besitzen, zusammenraffen, um die Sicherstellung des notwendigsten Bedarfs herbeizuführen. Dazu bedarf es einer Produktions-

Wohl geht der Jugend Sehnen Nach mandern schönen Traum, Mir Ungeduld und Tränen Stürmt sie den Sternensraum. Der Himmel hört ihr Flehen Und lächelt gnädig: nein! Und läßt vorübergehen Den Wunsch zumit der Pein.

Die Verhältnisse der Bauarbeiter in kleinstädtischen u. ländlichen Gebieten

Die Verhältnisse der Bauarbeiter und ihrer Familien in kleinstädtischen und ländlichen Gebieten sind keineswegs bedeutend. Die Arbeitskraft der ganzen Familie muß angestrengt in Anspruch genommen werden, wenn aussehend jocular verdient werden soll, daß die Familie durchkommt. In kultureller Hinsicht hat man wenig Ansprüche. Die Bauarbeiter der kleinstädtischen und ländlichen Gebiete zählen, wenn man nicht Einzelfälle veralgemeinert, zu den fleißigsten Arbeitern. Sie haben auch noch Sinn für Ordnung im Beruf, im wirtschaftlichen und staatspolitischen Leben. Sie wollen nichts wissen von staatspolitischen Kämpferbestrebungen, gleichviel, ob dieselben von rechts oder links kommen. Ihr Streben geht dahin, gleichberechtigt neben den Kleinhändlern und Ständen ihrer Umgebung zu stehen.

Trotz ihrer elenden Lebensverhältnisse und trotz ihrer großen Verdienste ist heute in kleinstädtischen und ländlichen Gebieten niemand unbeliebter als der organisierte Bauarbeiter. In vielen Orten und Gegenden ist „Beliebtheit“ noch die mächtigste Verzehrung, man

konnte dort ebenjogut von Haß sprechen. In dieser Beziehung die ländlichen Bauarbeiter beteiligen sich nicht nur solche, die man für ihre Handlungsweise nicht verantwortlich machen kann, sondern häufig auch angesehenen Vertreter und Führer der ländlichen, bäuerlichen Bevölkerung.

Und warum sind heute die ländlichen Bauarbeiter so „angesehen“ bei ihren Mitmenschen? Allgemein gesprochen deshalb, weil sie sich erlaubt haben, von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch zu machen, d. h. sich zu organisieren. Im Konkreten liegt die Abneigung und der Haß darin begründet, daß die Bauarbeiter ihren Tariflohn verlangen und bestrebt sind, die tariflich festgelegte Arbeitszeit einzuhalten.

Den Unternehmern auf dem Lande, die selbst auch meistens Landwirtschaft besitzen oder einen schwungvollen Handel mit Baumaterialien betreiben, ist die Organisation ebenfalls ein Dorn im Auge. Mit allen möglichen Versprechungen, Drohungen und unwarhnen Behauptungen suchen sie häufig die Bauarbeiter von ihrer Berufsorganisation abzuhalten. Erfolgreicherweise haben sie damit selten Erfolg.

Ist nun das Verhalten der ländlichen, bäuerlichen Bevölkerung und der Unternehmer gegenüber den Bauarbeitern berechtigt? Nein, im Gegenteil hätten die Bauarbeiter alle Veranlassung ungehalten zu sein. Vor dem Krieg konnte sich der ländliche Bauarbeiter für seinen Wochenverdienst glatt 2 Zentner Brotgetreide kaufen, heute, vorausgesetzt, daß er seinen Tariflohn erhält, knapp einen Zentner. Für einen Tagelohn erhielt er früher vom Bauer 2 Zentner Kartoffeln, in diesem Herbst noch acht einen Zentner. Der Weizen wurde am 11. August in Berlin mit 1750 M notiert. Das ist das 14fache der Vorkriegszeit. Und so ähnlich steht's mit sämtlichen Artikeln die der Bauer produziert: Korn das 129fache, Hafer das 137fache, Eier das 134fache, Kartoffeln das 150fache. Dagegen ist der Arbeitslohn der

Bauarbeiter, und zwar der großstädtischen, die die höchsten Löhne erhalten, kaum um das 50fache gestiegen. Der Bauer erhält für das gleiche Quantum der Friedenszeit heute bedeutend mehr Mark, als damals Pfennige. Und der ländliche Bauarbeiter...?

Es ist geradezu abstoßend, wie sich neuerdings die Vertreter der bäuerlichen Bevölkerung gegenüber dem Gesetz über die Getreidenulage aufführen. Hier zeigt sich handgreiflich die Wahrheit des Wortes: „Je mehr er hat, je mehr er will, wie Schweigen seine Klagen still.“ Denn die Bauernvertreter sind nicht deshalb gegen die Getreidenulage, weil sie bei Erfüllung des Gesetzes nicht leben und produzieren könnten, sondern weil sich ihr Gewinn schmälert. Als die Bauern infolge der Maul- und Klauenseuche ihre Viehbestände sehr gelichtet haben und zur Anschaffung anderen Viehes, viele Millionen aus den Stadtkassen erhielten, hat kein Arbeiter dagegen Einspruch erhoben. Wenn die bäuerliche Bevölkerung in ihrer heutigen Stimmung gegen die Bauarbeiter verharret, so muß das die sozialen Gegensätze auf dem Lande bis zur Unerträglichkeit verschärfen. Erfahrungsgemäß hat von einem solchen Zustande letzten Endes nur die Sozialdemokratie Nutzen.

Gewiß gibt es unter der bäuerlichen Bevölkerung und ihren Führern rühmliche Ausnahmen. Das soll anerkannt werden. Leider sind sie recht dünn gesät. Aber so wie die Dinge bisher gegangen sind, gehen sie nicht weit weiter. Die Bauarbeiter auf dem Lande müssen das, was die Bauern schon viele Jahre getan haben, heute zerbomben nachholen und zwar: sich ihrer Berufsorganisation anschließen und dieselbe ausbauen.

J. Bach, Nürnberg.

Haus ohne Mann, Haus ohne Rat, Haus ohne Frau, Haus ohne Saat.

Alter Spruch.

Reigerung... Was auch die nächsten Wochen bringen mögen, die Zusammenfassung der gesamten Volkswirtschaft ist notwendig um dem drohenden Ruin zu entgehen und neuem Glanz zu steuern. „Volksgemeinschaft“ und „Produktionssteigerung“, damit ist in der Tat so ziemlich alles gesagt, worauf es für unser Volk in seiner gegenwärtigen Lage ankommt. Daß „Volksgemeinschaft“ das ziemlich genaue Gegenteil von „Klassenkampf“ bedeutet, das sei nur so nebenbei erwähnt.

Der Dollar ist auf die Entscheidung der Reparationskommission hin auf 1250 gefallen; am 2. September stand er auf 1335. Das ist immer noch schlimm genug, und auch für die nächste Zukunft sind große Hoffnungen nicht begründet. Die letzten Ereignisse haben gezeigt, ein wie unheimliches Barometer der Dollar ist. Ein Stürzen des Francs oder eine ungünstige Wendung in irgendeiner der zahlreichen Entente-Kommissionen treiben ihn sofort um hunderte von Punkten hinauf. Die Preise folgen täglich, ja sogar stündlich nach, im Gegensatz zu früher, wo der erhebliche Dollarkurs meist erst nach einigen Monaten in den Kleinhandelspreisen in die Erscheinung trat. Nach den Indexzahlen der „Frankfurter Zeitung“ waren bereits Mitte August die Preise für zehn allgemein verwendete Lebensmittel im Großhandel um das 146fache, im Kleinhandel um das 89fache gegenüber der Friedenszeit gestiegen. Für eine ganze Reihe lebensnotwendiger Artikel ist der Steigerungssatz noch weit über dieses Maß hinausgegangen. Die Lohngestaltung hat mit dieser verhängnisvollen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Trotz des Geschreies einer gewissen Presse muß festgestellt werden, daß selbst die höchsten Löhne — das sind nicht die Bauarbeiterlöhne — nicht ausreichen, um auch nur einigermaßen die Not von den Familien fernzuhalten. Unparteiliche Beobachter stellen bereits eine neue gewaltige Schädigung der Volksgesundheit fest. So nahm der kürzlich in Hamburg abgehaltene Kongress der deutschen Krankenhäuser eine Entschließung an, in der festgestellt wird, daß neben dem wirtschaftlichen Niedergang des deutschen Volkes auch ein gesundheitlicher Niedergang eingeleitet hat, der an die letzten Kriegsjahre erinnert. Ein solcher Niedergang führt zu einem physischen Verfall und kann nur mit einer neuen Katastrophe enden.

Gegenüber dieser Kollage breiterer Volksschichten muß die Antwort der Regierung auf die Vorschläge der Gewerkschaften als unzureichend betrachtet werden. Zwar hat die Regierung diesen Vorschlägen grundsätzlich weitgehend zugestimmt. In praktischen Maßnahmen ist aber, wie der „Deutsche“ feststellt, bisher sehr wenig verordnet worden. Seitens der Reichsregierung ist der Ausfuhrabgabentarif für die meisten Positionen um 60 Prozent erhöht worden. Weiter sind Einfuhrbeschränkungen festgelegt für Tabakerzeugnisse, für Kakaoschalen, für Kakaos und für Hummern. Für die Einfuhr dieser Waren ist die Einfuhrbewilligung nachzuweisen. Durch die preußische Staatsregierung ist eine stärkere Grenzüberwachung und eine strengere Kontrolle der Auslandszüge veranlaßt. Was darüber hinaus verlautbart über billigere Brotbeschaffung für Minderbemittelte, Milderung der Not der Rentenempfänger, Bekämpfung des übermäßigen Wess und der Schlemmerei in Gastwirtschaften, Zwang zur Preisauszeichnung und Kontrolle der Preise, starke Eingriffe in die Zucker- und Margarinewirtschaft usw., scheint alles noch im Zustande der Erwägungen zu sein. Es wird eines nochmaligen Dahintergreifens der Gewerkschaften bedürfen, um die Regierung zu energischeren Taten anzu-spornen.

Allgemeine Rundschau

Das Mißverhältnis zwischen Nominal- und Reallohn

Ueber die „hohen“ Löhne der Bauarbeiter, insbesondere der Ungelernten im Baugewerbe, sind bis in die neueste Zeit hinein von einer gewissen Presse die reinsten Schauerreden verbreitet worden. Wie es um die Kaufkraft des Lohnes bestellt ist, anders ausgedrückt, wie die Lohnsteigerungen sich verhalten zur allgemeinen Steigerung der Preise, darnach hat diese Presse in bewußt schwindelhafter Manier niemals gefragt. In dieser Seite der Frage macht Karl Schirmer, M. d. R., im „Deutschen“ bemerkenswerte Ausführungen. Er stellt fest: Die Verelendung der Arbeitsinvaliden und Kleinrentner macht starke Fortschritte und auch in den Kreisen des Mittelstandes, der Beamten, Angestellten und Arbeiter macht sich die Not breit, weil das Einkommen mit der Teuerung nicht gleichen Schritt zu halten vermag. Die von gewisser Seite immer wieder aufgestellte Behauptung von zu hohen, übermäßigen Gehältern und Löhnen einzelner Kategorien ist eine Fiktion. Bei keiner einzigen Kategorie ist eine hundertfache Erhöhung der Bezüge eingetreten, sie bewegt sich nach statistischen Angaben um rund das Dreifache bis Fünffache. Vor allem ist eine Verabstärkung der qualifizierten Arbeiter und der höheren Angestellten eingetreten. Bei Hilfsarbeitern ist verhältnismäßig die Teuerung mehr ausgeglichen, erreicht aber nur 50—70 Prozent, während das die Lebensmittelpreise um mehr als das Hundertfache gestiegen sind. Gegenüber den französischen Anwürfen auf die deutsche Regierung, daß sie unbereiten hohe Gehälter und Unterstützungen bewilligt, stellt selbst die belgische Tageszeitung „Etoile Belge“ fest, daß die Mark heute weniger als den zweihundertsten Teil ihres Vorkriegswertes habe und der deutsche Beamte durchschnittlich nur das Vierzigfache des Vorkriegslohnes erhalte.

Diese Differenz zwischen dem Einkommen und den Ausgaben für das zum Leben notwendige wissen heute viele Millionen von Deutschen nicht auszugleichen. Eine Konsumbeschränkung auf Kosten der Ge-

Am 9. Sept. 1922 ist der siebenunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

undheit ist die Folge. In den Städten Bayreuth, Kulmbach und anderen Orten ist nach statistischen Feststellungen der Konsum an Brot und Fleisch weit zurückgegangen. Nach Feststellungen in Preußen ist der Verbrauch an Brotgetreide von 250 Kilogramm 1913/14 bis 1921/22 auf 141 Kilogramm zurückgegangen; der Verbrauch an Fleisch in derselben Zeit von 46 Kilogramm auf 28 Kilo-

Denkt Ihr daran?

Am 30. September geht das dritte Vierteljahr zu Ende. Christliche Bauarbeiter, denkt Ihr daran, daß das Abonnement auf unsere Tageszeitung

„Der Deutsche“

sofort erneuert werden muß, wenn Euch pünktlich ab 1. Oktober der Weiterbezug unserer Zeitung gesichert sein soll?

Die allgemeine Not der Presse, hervorgerufen durch die Preisrevolution auf dem Papiermarkt, bedroht auch den „Deutschen“ schwer. Christliche Bauarbeiter, wahrt Eurem Blatt die Treue! Wir hatten es niemals nötiger als jetzt. Schwer lastet die Hand der Feinde auf unserem Land. Unersättliche Mammongier im Inneren macht den breiten Volkswaffen das Leben noch schwerer, als es durch den Versailles Vertrag ohnehin schon ist. Ein großer Teil der politischen Tagespresse aber ist leider dem arbeitenden Volke kein zuverlässiger Führer mehr in seinem Streben nach Wahrheit und Klarheit auf allen Gebieten. In steigendem Umfange sind deutsche Zeitungen der Geldmacht und damit auch dem geistigen Einflusse der großen Kapitalkonzerne verfallen. Das Wort von der „Selbstzerfressung der Presse“ ist leider mehr als ein leeres Schlagwort, es ist die bittere Wahrheit.

Der „Deutsche“ wird auch weiterhin als unabwiesliches Gewissenswörter und Gewissensmahner seines verantwortlichen und einflussreichen Amtes walten. Keinen Interessen ist er dienlich, als denen der eigenen Bewegung. Frei von allen kapitalistischen Einflüssen, ins Leben gerufen und getragen ausschließlich von dem Willen und der Kapitalkraft der sozialnationalen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenenschaft, steht er frei und unabhängig nach allen Seiten da. Seine Stimme hat trotz der kurzen Zeit seines Bestehens in der deutschen Öffentlichkeit einen guten, weithin gehörten Klang.

Darum nochmals, Freunde: Treue um Treue! Ein Wille muß jetzt alle befeelen: Wir lassen uns das Blatt, das wir lieb gewonnen haben, nicht rauben, koste es, was es wolle. Das Opfer, das von dem einzelnen verlangt wird, ist trotzdem gering. Das Bezugsgehalt für das vierte Vierteljahr ist auf 150,- Mark festgesetzt worden. Es ist angesichts der neuen Papierpreise das mindeste, was verlangt werden mußte; andere Zeitungen kosten bereits monatlich 100,- Mark und mehr. Sie befreit sich eine und überall in den Händen Eurer Vorstände, auch die Vertrauensmänner (Hauskassierer, Banddelegierte usw.) sollen im Besitz derselben sein. Das Bezugsgehalt ist sofort bei der Auslieferung des Bestellscheines zu entrichten. Werbet auch in Nichtmitgliederkreisen für unser Blatt!

„Es ist gewiß ein schweres Beginnen, mit den Großen des „Metzen Mannes“ gegen die Riesenfonds der Schwerindustrie, der Hochfinanz oder des Großgrundbesitzes anzugehen. Aber vergeblich ist es nicht. Es handelt sich nur darum zu zeigen, daß Zusammenbruch und Opfer mit trotz alledem durchhält. Die größten Siege der Weltgeschichte sind meist mit einer kleinen, aber freien und schlagkräftigen Armee errungen worden.“ Mit diesem optimistischen Ausblick schließt ein Aufsatz im „Deutschen“, überschrieben „Die Zeitungskatastrophe“, Helft alle mit, Freunde, daß diese Hoffnung zur Wahrheit werde!

gramm. Die Zahl der in den Pfandhäusern verpfändeten Gegenstände nimmt zu. Infolge der Unterernährung weiter Kreise hat sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung verschlechtert. Die englische Krankheit und die Tuberkulose hat wieder eine erhebliche Verbreitung gefunden und fordert, wie der Starb, immer neue Opfer. Die weitere Ablieferung von Milch an die Ententeländer wird, wie der französische Lactant ausführt, weiteren 600 000 Kindern das Leben kosten. Die Selbstmorde, namentlich alleinlebender und älterer Personen nehmen zu. Viele andere stehen vor einem grauenvollen Ende.

Proletarische Einheitsfront?

In Rußland regieren die auf Karl Marx schwörenden Bolschewiki ganz im Stille des früheren Zarentums, nur noch viel grausamer. Die ihnen unbequemen gemäßigten Sozialisten, Menschewiki genannt, haben sie zu Tausenden eingekerkert, nach Sibirien „verschickt“ oder einfach meuchlings umgebracht. Kürzlich fand in Moskau ein

Riesenprozeß gegen die Menschewiki statt. Fünfzehn von ihnen wurden zum Tode („Nieder mit der Todesstrafe!“) verurteilt. Gegen dieses Blutrurteil hatten in den letzten Tagen die (nummehr geeinigten) Mehrheitssozialisten und Unabhängigen Berlins zu großen Protestkundgebungen aufgerufen. Keine der vier Versammlungen nahmen einen ungestörten Verlauf. Überall waren die Kommunisten mit starken Sprengkolonnen angetrückt, die die Versammlungen mit ungeheurem Lärm erfüllten und teilweise gegen die Versammelten mit Taktikfeiten vorgingen. Der „Vorwärts“ entwirft darüber das folgende niedliche Stimmungsbild:

„In allen vier Versammlungen das gleiche, ekel-erregende Bild. Deutsche Arbeiter, einst auf ihre Bildung, auf ihre Besetzung, auf ihr Wissen stolz, deutsche Proletarier riefen „Bravo!“, als das barbarische Moskauer Urteil erwähnt wurde, sie riefen „Lumpen! Mörder!“ nicht denken zu, die diese Blutrurteil ausüben, sondern denken, die dagegen Protest erhoben! Geht's überhaupt noch tiefer? O ja! Wir glauben schon, daß diese vollständig verrotteten Seelen auch zu Schlimmerem fähig wären, wenn sie die Macht dazu hätten. Aber eine verschwindende Minderheit des deutschen Volkes sind sie doch, und sie werden es auch bleiben. Aus Liebe zum deutschen Volk, das nicht in Hungersnot und Anarchie untergehen darf, werden wir und die Genossen der Unabhängigen Sozialdemokratie unter größter Ablehnung jeder künftigen Gemeinsamkeit mit den Drahtziehern Moskaus zu verhindern wissen, daß der Bolschewismus, diese Hauptstütze und letzte Hoffnung der militärischen Reaktion, jemals auf deutschem Boden Fuß faßt.“

Und doch sind auch die Kommunisten Kinder des Marxismus, sie glauben sogar, daß sie die einzig „richtigen“ Marxisten sind. Das Blutrurteil der Moskauer Volksbismarxisten und die Begleitumstände der Berliner Protestkundgebungen beweisen deutlich, wie weit die innere Fäulnis im Marxismus bereits vorgeschritten ist. Auf dem Boden ist die „proletarische Einheitsfront“, von der die sozialistische Presse aller Richtungen in den letzten Monaten soviel geschrieben, sicher nicht zu erreichen. Mit der offenen Feindschaft gegen Religion und Christentum hat der marxistische Sozialismus den Boden preisgegeben, auf dem allein eine solche Einigung möglich gewesen wäre.

„Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren...“

Das Volksgericht in Weiden (Oberpfalz) verurteilte 21 Angeklagte, die am Tage der zweiten sozialdemokratischen Rathenaubemonstration am wüsten Ausschreitungen beteiligt waren, zu 3 Wochen Haft bis 3 Monate Gefängnis. Zugunsten der Angeklagten nahm das Gericht an, daß ein Landfriedensbruch nicht vorliege. Der Höchstbestrafte ist ein sozialistischer Gewerkschaftsangestellter.

Die Lüge vom Friedensgoldlohn der Arbeiter

macht sich nach dem „Bauarbeitermarkt“ und der „Bauzeitung“ nun auch die „Deutsche Arbeiterzeitung“ zu eigen. In ihrer Ausgabe vom 6. August läßt sie ihren „Philosophen“ folgendes erzählen:

„Das Gesamtlohniveau im westlichen Deutschland betrug Ende Juni 22 bis 26 Mark je Stunde. Ende Juli war es auf 28 bis 32 Mark, das heißt um 25 Prozent heraufgegangen, während der Index nur eine Erigerung von rund 10 Prozent aufzuweisen hatte. Die neuen Forderungen für August belaufen sich auf 10 bis 15 Mark stündlich, das heißt, auf einen rund 40prozentigen Zuschlag gegenüber dem Juli-lohn. In manchen Gewerben ist über die Augustlohnhöhe schon eine Einigung erzielt worden, so zum Beispiel im Bergbau, wo der Lohn für August den für Juli um 27 Prozent übersteigt. Im großen und ganzen kann man sagen, daß für die Handarbeiter der Friedensgoldlohn erreicht ist.“

Dieser Auslassung stellt unser Bruderorgan „Der Deutsche Metallarbeiter“ nachfolgenden Auszug aus einem Artikel des sicher nicht arbeiterfreundlichen „Hannoverschen Courier“ vom 8. August gegenüber:

„Der Steigerung der Lebenshaltungskosten, die mit dem Dollar vorläufig nur im Tempo, nicht im Ausmaß Schritt hält, steht in der Steigerung von Löhnen und Gehältern kein vollausgleichendes Moment gegenüber. Infolgedessen wird die Lebenshaltung breiterer Volksschichten von Tag zu Tag schlechter. Ein Arbeiter, der monatlich 7000,- verdient, erhält damit über den Dollar umgerechnet etwa 40 Goldmark, für die er sich an Gütern etwa soviel wie für 80 Friedensmark verschaffen kann. Dabei ist das Verhältnis der augenblicklichen Inlandskaufkraft der Mark zur Vorkriegskaufkraft mit 3:1 außerordentlich günstig angenommen. Erfahrungsgemäß aber verschlechtert sich dieses Verhältnis von Woche zu Woche, wie gleichzeitig mit sinkender Mark die Goldmarkenkäufe täglich geringer werden. Der kommende Winter spannt mit den notwendig werdenden Anschaffungen des Haushaltsbudgets des einzelnen um so mehr an, als sich die Anschaffungen der Markbaisse gerade dann im vollen Umfange bemerkbar machen werden, wenn diese Anschaffungen unausschiebbar geworden sind.“

In der gleichen Nummer wie oben vermerkt, schlägt sich die Arbeitgeberzeitung übigen ins Gesicht. Sie nimmt unter der Überschrift „Steigerung der Gütererzeugung“ zu einem Vortrag des Herrn Dr. Kurt Hoff in Reusbad Stellung und entnimmt ihm „als für uns (die Arbeitgeber) besonders bemerkenswert“, folgende Stelle:

„Trotz Ordnung und Betrieblichkeit befindet sich das deutsche Volk in tiefer Not. Dafür nur zwei Ursachen: der Brotverbrauch war 1921 noch um 24 Prozent geringer als vor dem Kriege, und der Verbrauch an Fleisch stand hinter jenem der Vorkriegszeit noch um 50-60 Prozent zurück. Wenn auch die Löhne um das 30- und 40fache der Vorkriegszeit gestiegen sind: die Preise sind um das 60fache und mehr heraufgegangen, und der Unterschied bedeutet den Abstieg auch des Arbeiters.“

Eine solche „Objektivität“, wie sie in der 1. Ausfaffung zum Ausdruck kommt, besonders zu würdigen, schenken wir uns. Sie richtet sich in den Augen aller gerecht urteilenden Menschen selbst.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Königsberg

Laut Vereinbarung vom 1. August 1922 mußte, wenn bis zum 15. August der neue Bezirkstarif abgeschlossen werden konnte, erneut über die Löhne verhandelt werden. Die Arbeitgeber versicherten damals, daß sie über den neuen Reichstarif verhandeln wollten, wenn sie die Bestätigung von ihrer Bundesleitung hätten, daß der Reichstarif allseitig anerkannt sei.

Am 7. August erklärte das Hochbaugewerbe durch seinen Vorsitzenden, daß es jederzeit zu Verhandlungen bereit sei, während das Tiefbaugewerbe jede Verhandlung vor dem 15. August ablehnte. Hiermit war die Verschleppungstaktik der Arbeitgeber des Tiefbaues gekennzeichnet.

In der Verhandlung am 15. August wurde von den Arbeitnehmern erneut gefordert, über die Erhöhung der Löhne zu verhandeln. Nach längeren Sonderberatungen erklärten die Arbeitgeber des Tiefbaugewerbes durch ihren Syndikus Dr. Schröder, über die Löhne könne überhaupt nicht verhandelt werden, da der neue Reichstarif noch nicht von allen Zentral-Instanzen der Arbeitnehmerverbände unterzeichnet sei. Demgemäß erklärten sich die Arbeitnehmer für vertragslos. Die Arbeitgeber erklärten sich jedoch gnädigst bereit, über den neuen Reichstarif sprechen zu wollen. Die Arbeitnehmer beharrten auf ihrem Standpunkt, es müsse zuerst über die Löhne verhandelt werden. Infolgedessen mußte die Verhandlung als gescheitert betrachtet werden.

Um die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu zwingen, wurde am 17. August in einigen wichtigen Betrieben des Hochbaugewerbes die Arbeit niedergelegt. Darauf antworteten die Arbeitgeber des Hoch- und Tiefbaugewerbes am 18. und 19. August mit der Ausberrung sämtlicher bei ihnen beschäftigten Maurer und Bauhilfsarbeiter. Die Königsberger Bauarbeitergewerkschaft wird aus diesen Maßnahmen ihre Schlüsse ziehen und, ihren Grundsatzen getreu, Schulter an Schulter das zu erkämpfen wissen, was sie als Arbeiter und Menschen zu verlangen haben.

Bezirk Köln

Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes vom 28. August 1922

- Die Löhne der Facharbeiter im Baugewerbe werden in allen Bezirken um 25 % vom 31. August 1922 ab erhöht.
- Die Löhne der Hilfsarbeiter betragen für die Gebiete mit dem Kölner Facharbeiterlohn 4 Prozent weniger als deren Lohn, in den übrigen Gebieten 5 Prozent. Die Löhne werden auf 10 Pfennig nach oben abgerundet.
- Die Tiefbauarbeiter sollen denselben Zuschlag erhalten, wie die Bauhilfsarbeiter. Die tatsächliche Differenz soll sich nicht vergrößern.
- Die Bezirke Koblenz und Trier I werden vom Gleichgestellt.
- Die Löhne der jugendlichen Arbeiter betragen 25, 40, 58 und 79 Prozent des Hilfsarbeiterlohnes.
- Beszüglich der Afforde gehen die Bestimmungen des Schiedsspruches vom 18. Februar 1922.
- Der Schiedsspruch gilt als angenommen, falls nicht bis Freitag, den 1. September 1922, mittags 1 Uhr, eine gegenseitige Erklärung bei dem Vorsitzenden des Bezirkslohnamtes eingegangen ist.

Demnach betragen die Löhne:

Für Maurer	75,-
„ Zimmerer	75,40
„ Hilfsarbeiter	72,-
„ Tiefbauarbeiter	71,80
Jugendliche bis zum 15. Jahre	18,-
„ „ „ „ „	16,-
„ „ „ „ „	28,80
„ „ „ „ „	17,-
„ „ „ „ „	41,60
„ „ „ „ „	18,-
„ „ „ „ „	56,90
„ Zimmerpoliere pro Woche	4330,-
„ Zimmerpoliere	4350,-

Bau-Rundschau

Hilfsaktion für den Kleinwohnungsbaun in Preußen

Unter Beteiligung des preussischen Staates ist eine gemeinnützige Grundstiftung unter der Bezeichnung „Königliche Landeswohnungsbaustiftung“ mit dem Sitz in Berlin errichtet worden.

Diese Stiftung hat das Recht, auf jeden Jahres landesweite Handbriefe unter der Bezeichnung „Handbrief der Königlich-Preussischen Landeswohnungsbaustiftung“ auszugeben. Sie ist der Aufsicht des Staates unterstellt und kann an andern Orten Zweigniederlassungen errichten. Sie gewährt Darlehen im ganzen Gebiete des preussischen Staates zum Zwecke

der Herstellung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung;

- in Kleinhäusern jeder Art, insbesondere Wohnheimestätten,
- in Mittelhäusern, die vor allem auf gemeinnütziger Grundlage errichtet sind.

Das Grundkapital der Anstalt besteht:

- aus einer Stammeinlage von 25 Millionen Mark, welche der preussische Fiskus zugunsten der Anstalt eingezahlt hat;
- aus denjenigen Stammeinlagen, mit welchen sich andere öffentliche Körperschaften oder solche Unternehmen, an denen staatliche Mittel beteiligt sind, oder die Organisationen der gemeinnützigen Bautätigkeit am Grundkapital der Anstalt beteiligen.

Aus der Arbeitgeberbewegung

Zusammenschluß im westdeutschen Baugewerbe

Wie die „Nöln-Ztg.“ mitteilt, haben sich die vier westdeutschen Bezirksverbände des Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe in Berlin, der westdeutsche Baugewerbeverband in Essen, der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in der Rheinprovinz, Nöln, der Bergische Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Barmen und der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Düsseldorf zum Rheinisch-westfälischen Baugewerbeverband, Sitz Essen zusammengeschlossen. Wie das gleiche Blatt mitteilt, war für den Zusammenschluß vor allem der Gedanke maßgebend, die wirtschaftlichen Interessen des Baugewerbes auf den verschiedensten Gebieten kräftiger vertreten zu können. Als ein Hauptziel hat sich der Verband auch die Mitarbeit an Gesetzentwürfen gestellt, die das Baugewerbe betreffen. Die erste Vertreterversammlung fand am 29. August in Düsseldorf statt.

Bücherschau

Das neue Reichsmietengesetz

und die Preussische Ausführungsverordnung, dargestellt für Mieter und Vermieter von Dr. jur. Hans Laut, Leiter des Mietungsamtes der Stadt Köln. 2. Auflage. Preis 15.-. Das vorliegende Buch ist klar und vollständig geschrieben, wie kein anderes dieser Art. Den meisten Kommentaren zum R. M. G. icht diese Eigenschaften. Außerdem steht der Verfasser auf unserem Boden und hat es in seinem Buche verstanden, nicht nur den Text der Bücher zu erläutern, sondern auch vermittelnd auf Vermieter und Mieter zu wirken. Ein langjähriger Fachmann erklärte uns, daß er bisher keine Brochüre über das R. M. G. in Händen bekommen hätte, die so ihren Zweck erfüllte, wie die von Dr. Laut.

Wegen der bevorstehenden Portoerhöhungen ist sofortige Bestellung anzuraten. Um die Portoausgaben noch mehr zu verringern, bitten wir im eigenen Interesse nur Sammelbestellungen durch den Verbands- oder Kartellsekretär einzuschicken.

Christlicher Gewerkschaftsverlag Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25

Joseph Andre: Das Arbeitsnachweiswesen in seiner Entstehung und gesetzlichen Regelung. (Befehl vom 13. Juli 1922) Volkskraft Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Preis 25,- M.

Eine reichsrechtliche Regelung von besonderer Bedeutung für die weitesten Schichten der deutschen Arbeitnehmerschaft wurde durch die Verabschiedung des Arbeitsnachweisgesetzes getroffen. Bei der Entstehung des Gesetzes kämpften zwei Weltanschauungen gegeneinander: die sozialistisch-marxistische Weltanschauung, die durch irrationale Zentralisation über die deutschen Arbeiter und Angehörten eine Zwangsherrschaft aufrichten wollte auf der einen Seite, während auf der anderen Seite die christlich-nationale Weltanschauung ihre Idee der freien Entfaltung zum Sieg zu führen suchte. Das Ergebnis dieses Kampfes war eine Niederlage der vereinigten sozialistisch-kommunistischen Genossen und ein voller Sieg der christlich-nationalen Arbeit. Reichstagsabgeordneter Andre, der an der Entstehung des Gesetzes in hervorragender Weise beteiligte Sozialpolitiker, hat es unternommen, die geschichtliche Entwicklung des Arbeitsnachweiswesens darzulegen, die Notwendigkeit der reichsrechtlichen Regelung zu begründen, die Stellungnahme der christlich-nationalen Abgeordneten zu würdigen und das richtige Vorgehen der Sozialisten aller Schattierungen in das rechte Licht zu rücken.

Die Broschüre Andre's ist weit mehr als ein Kommentar, sie bietet in der Hand des christlich-nationalen Gewerkschaftlers eine gute Waffe im Kampfe gegen den Marxismus. Die getreue Wiedergabe des Gesetzeswertes erhöht den Wert der Arbeit. Kein christlich-nationaler Arbeiter und Angehörter sollte verjäumen, die äußerst preiswerte Broschüre zu erwerben.

Die deutsche Wirtschaft. Der Wiederaufbau der Welt kann nicht gelingen, wenn nicht die Wirtschaft der einzelnen Völker gesundet. Die Wohlfahrt der deutschen Wirtschaft hängt zunächst von dem Willen der Herren von Versailles ab, die glaubten, auf den Trümmern des deutschen Wirtschaftslebens die Masche des Sieges aufspannen zu können. Not und Elend breiteten sich jedoch auch in jenen Ländern aus, die in Glück und Freudenschwelgen mochten. Wir befinden uns an einem Wendepunkt. Die Stimmen der Vernunft werden lauter. Umso mehr gilt es für uns, auf

den Schanzen zu wachen. Wir würden die Zukunft verpassen, wenn wir nicht an uns selbst mehr als bisher den Maßstab der Kritik anlegen würden. Unsere wirtschaftliche Entwicklung gleich bereits in der Vorkriegszeit vielfach einer Treibhausblüte, ohne genügende Kraft und Widerstandsfähigkeit. Wir jagten zu sehr den klingenden Erfolgen nach und bekümmerten uns wenig, wenn auf dem Wege dazu unsere Seele Schaden litt. Was vor allem not tut, ist die Vertiefung des ethischen Empfindens bei unseren wirtschaftlichen Handlungen. Nicht die Höhe des Gewinnes soll uns die Freude bereiten, sondern das Bewußtsein, den Erfolg ohne Schädigung der Nächstenliebe erzielt zu haben. Dann aber müssen wir vor allem daran denken, daß wir Kinder derselben Erde, derselben Heimat, desselben Vaterlandes sind. Deutsch muß unser Denken sein, Deutsch aber auch unser Handeln. Wir haben oft zu sehr der Vorliebe für das Fremde gehuldigt; die Not der Zukunft ist zu hart, als daß wir uns von derartigen Gedankenlosigkeit auch weiterhin träumerisch beeinflussen lassen.

Auf diesen und ähnlichen Gedankengängen ist die Schrift „Die deutsche Wirtschaft“ aufgebaut, die in der Volkskraft Verlagsgesellschaft m. b. H. erschienen ist. Die umfangreiche Arbeit, die eine Fülle interessanter statistischer Materials bringt und in der die wirtschaftlichen Zusammenhänge unter besonderer Berücksichtigung der Veränderungen durch den Krieg sachtundig und klar dargestellt werden, ist durch die Volkskraft Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Wilmersdorf, Kaiseralle 25, sowie durch alle Buchhandlungen zum Preise von 25.- M. zu beziehen.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1923

wird in kurzer Zeit fertiggestellt sein. Die Auflage darf in der heutigen leeren Zeit nicht höher sein, als Bestellungen vorliegen. Wir ersuchen daher die Vorstände, sofort Bestellungen zuirkulieren zu lassen und diese nach Umlauf beschleunigt an den Hauptvorstand, Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3, einzusenden.

Was die innere und äußere Ausstattung des neuen Jahrbuches angeht, so wird es seinen Vorgängern in keiner Weise nachstehen, im Gegenteil manche praktische Verbesserungen aufweisen. Wir hoffen deshalb auch, daß sich zu der Ehre seiner bisherigen Freunde zahlreiche neue hinzugesellen werden.

Der Preis des Jahrbuches steht schon angedeutet, ist bei den gegenwärtigen Preisverhältnissen im Papier- und Druckgewerbe leider ein Ding der Unmöglichkeit. Wir können aber versichern, daß das Jahrbuch zum Selbstkostenpreis abgegeben werden wird. Sobald der Preis feststeht, werden wir ihn an dieser Stelle bekannt geben.

Nochmals ersuchen wir um beschleunigte Meldung des Bedarfs.

Der Hauptvorstand.
J. A.: Jos. Wiedeberg.

Bekanntmachungen

Coesfeld

Der Hausflorier Ad. Wiedemann, geboren am 27. November 1902 zu Gelsenkirchen, Buchnummer 90 238, bis 13. Juli in Arbeit auf der Baustelle Schloß Parlar bei Coesfeld, ist seinen Verpflichtungen der Verwaltungsstelle Coesfeld gegenüber nicht nachgekommen. Verwaltungsstellen oder Mitglieder, die ihn kennen, werden gebeten, seine Adresse an den Verwaltungsstellenleiter Anton Steinkamp, Coesfeld (Westf.), Weiserstraße 2, mitzuteilen.

Verwaltungsstelle Gladbeck (Westf.)

Laut Beschluß der Verwaltungsstellenkonferenz finden in Zukunft die Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag von 9-12 und von 2-7 Uhr statt. Ich bitte, diese Zeit genau einzuhalten, da es in der übrigen Zeit unbestimmt ist, mich auf dem Bureau anzutreffen.

Der Verwaltungsstellenvorstand.
J. L.: Josef Cinig.

Sterbetafel.

Am 24. Juli starb unser lieber Kollege **Fritz Floh** an Blinddarmentzündung im jugendlichen Alter von 24 Jahren.

Ortsgruppe Bergheim a. d. Erft.

Am 11. August starb der Kollege **Heinrich Rogge** (Maurer) nach zweitägiger Krankheit. Der selbe war Mitgründer der Verwaltungsstelle Münster.

Ehre ihrem Andenken!

15 bis 20 Maurer

können in **Mörs** (Rhd.) sofort für dauernde Arbeit (Winterarbeit) eingestellt werden. Unterkunftsräume vorhanden. Augenblicklicher Stundenlohn 75 Mark. Zu melden auf unserem Verbandsbüro in **Mörs**, Hopfenstraße 18.